

## Die Linke bleibt ein gefragter Faktor in der EU

Absturz der CSU ins politische Nirwana? Erholt sich die SPD?

Augsburg, 5.6.2009. Die zuletzt veröffentlichten Umfragen zu den bevorstehenden Europawahlen sagen für die Union starke Verluste zwischen fünf und zehn Prozentpunkten voraus. Diese Umfragen gehen aber alle von einem Einzug der CSU ins Europaparlament aus, was nicht sicher ist. Es sieht also nicht gut aus für die Union insgesamt und die CSU kann kaum vertuschen, dass ein weiterer bedrohlicher Absturz bevorstehen kann.<sup>1</sup> Im Gegenzug liegen die prognostizierten Zuwächse für die SPD zwischen 3,5 und 8,5 Prozentpunkten. Damit könnte die Europawahl auf die Bundestagswahl vorauswirken und das anvisierte reaktionäre, schwarz-gelbe Projekt nach den Bundestagswahlen wäre wohl passé.

Noch Schlimmeres droht aber der CSU. Schon im Herbst vergangenen Jahres schrieb die *Welt* gnadenlos: „Den CSU-Abgeordneten im Brüsseler EU-Parlament droht der Absturz ins politische Nirwana. Sollte die Partei bei den Europawahlen im Juni 2009 mit ihrer Landesliste in Bayern nicht mehr als fünf Prozent aller abgegebenen Stimmen in Deutschland holen, wird kein CSU-Abgeordneter mehr ins Europaparlament zurückkehren.“<sup>2</sup> Dabei ging man damals noch davon aus, dass die Freien Wähler nicht antreten bzw. die CSU wie schon immer alle konservativen Strömungen neben ihr vernichtet bzw. aufsaugt. Die *Welt* schrieb damals:

Ferber und Co. stehen unter massivem Druck. Mit der alten Parole „Für ein starkes Bayern in Europa“ lässt sich nicht mehr viel gewinnen. Die Sozialdemokraten werden mit dem Volkstribunen Martin Schulz als Spitzenkandidaten in den Europawahlkampf ziehen und für ein „soziales Europa“ kämpfen. Was will die CSU dagegen setzen? Das Gespenst von der Brüsseler Bürokratenhochburg? Noch hoffen viele CSU-Abgeordnete in Brüssel, dass die Stimmen der Freien Wähler, die bei den Europawahlen nicht antreten, demnächst wieder bei ihnen landen werden. Sollte es doch nicht klappen, wird die CSU auf jeden Fall eines der wichtigsten politischen Ämter in Brüssel verlieren: den Vorsitz im Industrieausschuss des EU-Parlaments.<sup>3</sup>

Inzwischen sind die Freien Wähler mit Gabriele Pauli als Spitzenkandidatin doch noch angetreten und die Lage für die CSU hat sich weiter verfinstert, da helfen auch die strahlenden, zähnebleckenden

---

<sup>1</sup> Ganz böse für die Union sieht die Infratest-Umfrage aus: „Bei der Europawahl am 7. Juni müssen die Unionsparteien in Deutschland nach einer neuen Prognose mit herben Verlusten rechnen. Die CSU würde aber bundesweit den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen, wie eine Infratest-Umfrage ergab. Demnach käme die CSU auf 6,7 Prozent, die CDU auf 28,0 Prozent. Gemeinsam könnten CDU/CSU damit 34,7 der Stimmen einfahren, fast zehn Prozentpunkte weniger als 2004. Für die SPD sagt die Prognose starke Gewinne voraus: Im Vergleich zu 2004 könnte sie sich um 8,5 Punkte auf 30,0 Prozent verbessern. Die FDP käme auf 10,0 Prozent (plus 3,9 Punkte), die Linke auf 8,9 Prozent (plus 2,8 Punkte), die Grünen auf noch 10,0 Prozent (minus 1,9 Punkte).“ *Augsburger Allgemeine* 28.5.2009

<sup>2</sup> *CSU droht bei der Europawahl ein neues Debakel* Welt online 29.9.2008. In diesem Artikel heißt es weiter: „Nach dem Wahldebakel von Beckstein und Huber in Bayern ist das politische Aus für die CSU in Brüssel in bedrohliche Nähe gerückt. „Ich bin maßlos enttäuscht“, sagte der Chef der Christsozialen im EU-Parlament, Markus Ferber. Jetzt wird in den neun CSU-Büros im 15. Stock des Abgeordnetenhauses in der Rue Wirtz hektisch gerechnet, ob die 43 Prozent bei den Landtagswahlen für eine Rückkehr nach Brüssel reichen würden. Die Antwort lautet: Vielleicht. Denn alles hängt von der Wahlbeteiligung bei den Europawahlen ab. Neuestes Modell der CSU-Rechner: 41 Prozent bei den Europawahlen sind genug, wenn die Wahlbeteiligung in Bayern nicht mehr als zehn Prozent unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

Aber genau hier liegt das Problem. Wenn Europa wählt, sind die Bayern in den Pfingstferien – das ist Gift für eine hohe Wahlbeteiligung. Die bayerische Staatsregierung hatte darum über Monate hinweg versucht, die Europawahlen zu verschieben – aber Brüssel spielte nicht mit. Hinzu kommt, dass am Tag der Europawahl in acht Bundesländern Kommunalwahlen und möglicherweise in Hessen sogar Landtagswahlen sein werden. Das dürfte die Wahlbeteiligung in diesen Bundesländern erhöhen – zu Lasten der CSU.“

<http://www.welt.de/politik/article2509226/CSU-droht-bei-der-Europawahl-ein-neues-Debakel.html>

<sup>3</sup> Welt, ebd.

Seehofer, Guttenberg, Ferber auf den Großplakaten nicht viel.<sup>4</sup> Nach der blamablen Kundgebung von Beckstein im Landtagswahlkampf in Augsburg hat sich die CSU diesmal mit Horst Seehofer und Markus Ferber gar nicht mehr auf den Rathausplatz getraut. Auch eine Großkundgebung traute man sich in Augsburg nicht mehr zu, man stand am Königsplatz rum und suchte das berühmte „Gespräch mit dem Bürger“.

Auch wenn die CSU nochmal reinrutscht mit um die 40%, so wäre das trotzdem ein beispielloser Niedergang. Bei den Europawahlen 1999 erzielte die CSU noch 64% – sie befindet sich also fast im freien Fall. Auf die *Gründe* wollen wir hier nicht eingehen. Die *Folgen* werden jedenfalls enorm sein. Was geht verloren oder wird geschwächt?

- die deutschnationale Führungsrolle der CSU
- eine gefährliche Interessenverbindung von Politik und Industrie auf dem Gebiet der Rüstung
- Eurostrategien, die durchaus auch an Zeiten und Protagonisten vor 1945 anknüpfen
- ein gefährlicher Flügel der Mitte-Rechts-Fraktion im Europaparlament, der es als seine Berufung ansieht, kleinere v.a. mittel- und (süd)osteuropäische Staaten in Schach zu halten
- ein besonders gefährlicher Teil einer rabiaten Fraktion in der EU, die für eine christlich-abendländische Doktrin und ein brutales Grenzregime gegenüber Flüchtlingen steht
- eine politische Gruppierung, die mit der Ausgrenzung der Türkei aus der Europäischen Union permanent Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremen Kräfte in Europa schüttet und der muslimfeindlichen Agitation dadurch Auftrieb gibt
- ein politischer Stoßtrupp für eine massive nukleare Komponente europäischer Militärpolitik



<sup>4</sup> Für die Berechnungen des Quorums der CSU gibt es eine prinzipielle und eine praktische Methode. Prinzipiell ist es so:

Annahme Wahlbeteiligung in allen Bundesländern gleich hoch.

Wahlberechtigte in Bayern ~ 9.3 Mio.

Wahlberechtigte gesamt ~ 62 Mio.

Bayern hat also 15% aller Stimmberechtigten. Also ein Drittel (33%) für die CSU reicht für die 5% -Hürde.

Praktisch dürfte in etwa so gerechnet werden:

Zwar hat die CSU 2004 mit über zwei Mio. Stimmen bundesweit 8% erzielt; aufgrund der Pfingstferien (und wohl nicht nur deswegen) rechnen die Strategen mit einer in Bayern um bis zu 10% geringeren Wahlbeteiligung als im Bundesschnitt. Um sicher im Dreieck Bayern-Strasbourg-Bruxelles kostenfrei reisen zu können, müssen also CSU Abgeordnete auf mindestens 41% in Bayern setzen. Früher hätte sie milde gelächelt, heute zittern sie. nach Thread "Bayern: Landtagswahl 2008 " - Wahlfieber [http://www.wahlfieber.at/Mindex/forum\\_thread?lang=de\\_sie&id=1179861495&posting=1179868736&waehrung=A-2008-NR-KB-Ex](http://www.wahlfieber.at/Mindex/forum_thread?lang=de_sie&id=1179861495&posting=1179868736&waehrung=A-2008-NR-KB-Ex)

Die hier skizzierten Punkte können nicht mehr als eine Andeutung sein, was alles auf dem Spiel steht. Parteienforscher und Politologen werden sich sicher der Sache gründlich annehmen.<sup>5</sup>

Wie gefährlich die CSU ist, kann man auch der Antwort auf eine Frage der Bundeszentrale für politische Bildung zur Außenpolitik entnehmen. Die Frage wurde im Rahmen einer Erhebung zur Programmatik aller zu den Europawahlen kandidierenden Parteien der BRD gestellt<sup>6</sup>:

---

<sup>5</sup> In einer sehr lesenswerten Abhandlung über die CSU beschreibt Erich Eisner die politische Bedeutung dieser Partei im Jahre 1974, als sie in etwa auf dem Zenit ihrer Macht war. Wir zitieren aus der Einleitung der Studie Erich Eisners, wo ihm mit der Aufgabenstellung seiner Untersuchung u.E. eine treffende und kernige Beschreibung der politischen Bedeutung der damaligen CSU gelingt. Damit wird deutlich, was dem rechtsnationalen Lager in Gesamtdeutschland verloren geht, wenn die CSU weiter abstürzt und damit vor allem ihren bundespolitischen und europapolitischen Rang verliert. Das ist umso tragischer für die CSU und das rechtsnationale Lager, als seit dem Zeitpunkt von Eisners Abfassung im Jahre 1974 ja einiges eingetreten ist und erreicht werden konnte, auf das die Reaktionäre damals hingearbeitet haben: die Direktwahl des Europäischen Parlaments und der erfolgreiche Einzug der CSU in dieses Parlament, der Anschluss der DDR, die Auflösung des Warschauer Paktes und die Eingliederung vieler osteuropäischer Staaten in die EU und gar in die NATO. Es dürfte wohl ganz allgemein gesagt so sein, dass die CSU diese Ereignisse zwar angestrebt und politisch auch massiv vorbereitet hat, aber diese Ereignisse auch Ausgangspunkte für neue Entwicklungen darstellen, die so von den Rechtsnationalen nicht beabsichtigt und auch nicht mehr voll in ihrem Sinne sind.

Hier das Zitat aus der Abhandlung Erich Eisners von 1974:

Die wesentlichen Gegenstände der Untersuchung sind:

- 1.) Die eigenständige Rolle der CSU, die zwei Dimensionen hat: einmal die Selbständigkeit der CSU als bayerische konservative Landespartei, zum anderen aber die damit nur teilweise identische Rolle der CSU als Bundespartei, genauer: die Rolle der bundespolitischen „deutschnationalen“ Führungsgruppe der CSU, die einerseits in dem lokalen Bündnis „Heimatpartei CSU“ verankert ist, andererseits den organisiertesten Teil der Rechten in der BRD darstellt und als Sprecher einer Strömung innerhalb der CDU und rechts von der CDU auftritt.
- 2.) Die Darstellung des „europäischen Konzepts“ Strauß' und der CSU-Führung, zugleich als Darstellung des außenpolitischen Programms einer formierten bundespolitischen Kraft, die von mächtigen Teilen der Wirtschaft, von Teilen der CDU und von der bundespolitischen CSU-Führung repräsentiert wird. Dabei ergeben sich verschiedene Ansatzpunkte, durch die schließlich ein Gesamtbild erreicht werden soll:
  - a) Einmal die Darstellung der außenpolitischen Konzeption eines „Weltmachtblocks“ Westeuropa und seines Interesses an der Neutralisierung und Gewinnung eines „osteuropäischen Gürtels“.
  - b) Es wird die Frage nach der inhaltlichen und historischen Kontinuität deutscher nationaler Neuordnungspläne für Europa gestellt, einer Kontinuität, die trotz einiger Sprünge bis zum Beginn dieses Jahrhunderts zurückverfolgt werden kann. Dabei werden als eine wesentliche Grundlage dieser Neuordnungspolitik die Interessen eines identifizierbaren Teils der deutschen Großindustrie deutlich. 1944 schließlich stoßen wir auf eine auffallende Übereinstimmung des CSU-Konzepts von heute mit Konzernplänen, nach denen „Europa“ zum schwarz-weiß-roten Ausweg in letzter Stunde werden sollte.
  - c) Aus der historischen, wie aus der aktuellen Interessenverbindung mit Teilen der Industrie, vor allem mit den Rüstungsindustrien und den sog. „Zukunftsindustrien“ können zumindest einige Aufschlüsse über die gesellschaftlichen und ökonomischen Grundlagen dieser Politik gewonnen werden. Die allgemeine Interessenverbindung gewinnt exemplarische Dichte im politischen, rüstungspolitischen und industriellen Engagement von F. J. Strauß selbst.
  - d) Die Darstellung hat schließlich die Struktur der erstrebten „europäischen Gesellschaft“ einzubeziehen, die außenpolitischen und ökonomischen Entstehungsbedingungen des Konzepts in den sechziger Jahren aufzuzeigen und schließlich auch auf das Verhältnis dieser außenpolitischen Konzeption zur Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung und zu den Bemühungen um europäische Sicherheit einzugehen.
  - e) Herauszuheben und wegen seiner Bedeutung gesondert zu behandeln ist ein Kernpunkt des europäischen Konzepts, nämlich die – vor allem nukleare – Militärpolitik; in ihr verschränken sich die Ziele der (atomaren) deutschen „Rehabilitierung“, der von den USA unabhängigen europäischen Weltmacht und schließlich der dadurch erstrebten veränderten Gewichtevertelung in der Welt; diese soll ja eine „neue Sprache“ gegenüber der

<b>Thema Außenpolitik: Welche Ziele verfolgen Sie in der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik?</b>	"Aus Sicht der CSU erzwingen die globalen Herausforderungen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Die GASP muss das gesamte zivile und militärische Instrumentarium einer integrierten Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik umfassen und stärker als bisher abgestimmt werden. Falls es die geopolitische Situation erfordert, muss sich die EU auch verstärkt an internationalen Militäreinsätzen beteiligen. Die EU muss daher ihr außenpolitisches Instrumentarium mit dem Fernziel einer ergänzenden Europäischen Armee konsequent weiterentwickeln."
--	---

Nach unserem Überblick antwortete keine andere Partei auf die Frage nach der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Außenpolitik (GASP) so direkt mit Militäreinsätzen, also mit Krieg.<sup>7</sup>

Auf die gleiche Frage antwortete DIE LINKE.:

Europa muss ein Kontinent des Friedens sein. Krieg, Gewalt und Militarisation dürfen nicht Mittel von Politik sein. Unser Ziel ist die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa unter Einschluss Russlands. Abrüstung und Rüstungskonversion müssen anstelle der Lissabonner Aufrüstungsverpflichtung auf die Agenda der GASP. Wir sind für eine atomwaffenfreie Welt, gegen US-Raketenstationierungen in Europa. Militärische Auslandseinsätze im Rahmen der GASP sind zu beenden. Die NATO, alle Interventionsstreitkräfte und die EU-Battle-Groups sind aufzulösen.<sup>8</sup>

Damit ist DIE LINKE. neben der DKP eigentlich die einzige kandidierende Partei, die zur GASP eine klare Position bezieht.<sup>9</sup> Die Antworten von SPD und Grünen zur GASP sind erwartungsgemäß

Sowjetunion erlauben und die „europäische Lösung“ auch für Osteuropa erreichbar machen.

Nun geht es ja um ein aktuell-politisch noch wirksames Konzept, dessen heutige Gestalt empirisch erfassbar ist, dessen historische Relevanz jedoch noch offen ist. Die Frage nach der möglichen zukünftigen Rolle und Perspektive des CSU-Konzepts in einer sich verändernden deutschen und europäischen Wirklichkeit kann trotz – oder auch: wegen – ihrer aktuellen Brisanz nicht mehr Gegenstand streng empirischen Nachweises sein. Wenn also eine „gültige“ Antwort auf diese Frage noch nicht möglich ist, ...

*aus: Eisner, Erich: Das Europäische Konzept der CSU. Die gesamteuropäischen Ordnungsvorstellungen der Christlich-Sozialen Union, München 1974, in gekürzter Fassung unter dem Titel ‚Das europäische Konzept von Franz Josef Strauß‘ Meisenheim am Glan 1975 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 28) S. 2-3*

<sup>6</sup> [http://www.bpb.de/methodik/1X3XFS.0.Christlich\\_Soziale\\_Union\\_\(CSU\).html](http://www.bpb.de/methodik/1X3XFS.0.Christlich_Soziale_Union_(CSU).html)

<sup>7</sup> Was uns in dem Zusammenhang schon etwas beunruhigt, sind Aussagen der Piratenpartei: „Für die Ursachen von Terrorismus muss in erster Linie eine zivile und wirtschaftliche Lösung gefunden werden, die ihm den Nährboden entzieht, und möglichst kein Militäreinsatz. Die Aufgabe der Bundeswehr ist die Landesverteidigung. Auslandseinsätze können nur akzeptiert werden, wenn sie durch ein UN-Mandat gedeckt sind.“ – „Möglichst“ kein Militäreinsatz „für die Ursachen von Terrorismus“ – na das ist aber eine Position. Und wenn durch ein UN-Mandat „gedeckt“, dann seien Auslandseinsätze sowie sei kein Problem. Man muss schon sagen: diese Partei wird langsam dubios.

Der folgende Link führt zu einer Synopse der Positionen aller kandidierenden deutschen Parteien zum Thema GASP bei der Bundeszentrale für politische Bildung:

[http://www.bpb.de/methodik/W33AED.0.0.Wahl\\_zum\\_Europ%24ischen\\_Parlament.html?p%5B%5D=alle&p%5B%5D=32&p%5B%5D=22&p%5B%5D=21&p%5B%5D=12&p%5B%5D=6&p%5B%5D=2&p%5B%5D=7&p%5B%5D=20&p%5B%5D=30&p%5B%5D=28&p%5B%5D=17&p%5B%5D=13&p%5B%5D=10&p%5B%5D=5&p%5B%5D=27&p%5B%5D=23&p%5B%5D=1&p%5B%5D=8&p%5B%5D=24&p%5B%5D=29&p%5B%5D=9&p%5B%5D=4&p%5B%5D=31&p%5B%5D=14&p%5B%5D=26&p%5B%5D=16&p%5B%5D=15&p%5B%5D=3&p%5B%5D=18&p%5B%5D=25&p%5B%5D=19&p%5B%5D=11&q%5B%5D=4&submit=Vergleichen&suche=](http://www.bpb.de/methodik/W33AED.0.0.Wahl_zum_Europ%24ischen_Parlament.html?p%5B%5D=alle&p%5B%5D=32&p%5B%5D=22&p%5B%5D=21&p%5B%5D=12&p%5B%5D=6&p%5B%5D=2&p%5B%5D=7&p%5B%5D=20&p%5B%5D=30&p%5B%5D=28&p%5B%5D=17&p%5B%5D=13&p%5B%5D=10&p%5B%5D=5&p%5B%5D=27&p%5B%5D=23&p%5B%5D=1&p%5B%5D=8&p%5B%5D=24&p%5B%5D=29&p%5B%5D=9&p%5B%5D=4&p%5B%5D=31&p%5B%5D=14&p%5B%5D=26&p%5B%5D=16&p%5B%5D=15&p%5B%5D=3&p%5B%5D=18&p%5B%5D=25&p%5B%5D=19&p%5B%5D=11&q%5B%5D=4&submit=Vergleichen&suche=)

<sup>8</sup> [http://www.bpb.de/methodik/HSJR9J.0.DIE\\_LINKE\\_\(DIE\\_LINKE\).html](http://www.bpb.de/methodik/HSJR9J.0.DIE_LINKE_(DIE_LINKE).html)

<sup>9</sup> Die DKP ist von der Mitgliederzahl her und auch von den möglichen Stimmen nicht sehr relevant und ihre Konkurrenz kandidatur zur LINKEN ist auch etwas ärgerlich. Die MLPD wollte auch konkurrierend kandidieren, erreichte aber offensichtlich nicht die notwendigen Unterschriften.

Bei der Europawahl 2004 erhielt die DKP mit 37.000 Stimmen 0,1%. Ihre politischen Aussagen zur Europawahl 2009 finden sich bei der bpb

halbseiden, im Kern eu-imperialistisch, gerne getarnt mit Floskeln wie „globale Friedensmacht Europa“, „präventive Friedenspolitik“, „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)... ausbauen“ bei der SPD und „Fortentwicklung der Erweiterungspolitik, Verantwortung für westlichen Balkan“, „EU als Zivilmacht“... bei den Grünen.

Natürlich ist neben der CSU auch die CDU ein nicht ungefährlicher Faktor in der konservativen Fraktion im Europaparlament (EVP-ED Europäische Volkspartei – Europäische Demokraten). Und wenn jetzt vielleicht – wie angekündigt – 40 Leute aus der PDL Berlusconi, z.T. Postfaschisten, zur EVP-ED dazustoßen, besteht auch bei der CDU die Gefahr einer engen Zusammenarbeit mit solchen Kräften. Hinzu kommen sehr gefährliche Sammlungsbewegungen der Rechten und Rechtsextremen neben der EVP-ED in diversen Bündnissen und der Versuch einer Reorganisation einer formellen rechtsextremen Fraktion im Europaparlament, die in der ablaufenden Legislaturperiode nur wenige Monatebestand hatte.<sup>10</sup>

Aber in der EVP-ED als der größten Fraktion des Europaparlaments mit 288 Sitzen sind auch Parteien mit starken Arbeitnehmerflügeln vertreten, was man von der CSU nicht behaupten kann. Die CSU hatte ja nie einen echten Arbeitnehmerflügel. In der Sozialpolitik, Arbeitnehmerpolitik, Verbraucherpolitik, Kommunalpolitik etc. auf EU-Ebene leisten auch die deutschen Grünen und Sozialdemokraten einiges, was nicht zu verachten ist. Allerdings muss es Gründe haben, dass es kurz vor der Wahl am 2. Juni zu einer Gemeinsamen Erklärung von DGB und DIE LINKE kam unter dem Motto: „Für ein gerechtes und soziales Europa“.<sup>11</sup>

Diese Gemeinsamen Erklärung fordert z.T. ganz konkret:

Als Sofortmaßnahme fordern wir den Europäischen Rat auf, sich in einer Erklärung zum Sozialen Fortschritt und zum Vorrang der sozialen Grundrechte zu bekennen. ...

DIE LINKE und der DGB setzen sich für eine Revision bzw. Klarstellung der Entsenderichtlinie mit dem Ziel, dass die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen entsandter Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen – bei Anwendung des Günstigkeitsprinzips – zweifelsfrei und umfassend dem Arbeits- und Tarifrecht am Leistungsort folgen. ...

Die Abgeordneten der LINKEN im Europäischen Parlament werden der Wahl der neuen EU-Kommission und ihres Präsidenten nur zustimmen, wenn der Präsident und die neuen Kommissionsmitglieder sich für die Verankerung einer sozialen Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen und für eine Revision bzw. Klarstellung der Entsenderichtlinie aussprechen.

Es ist schon beachtlich, was in der Presseerklärung der LINKEN steht: „DGB und DIE LINKE sind sich einig: Sozialer Fortschritt soll als Ziel der Europäischen Union festgeschrieben und das Recht auf gleichen Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort verwirklicht werden. Gemeinsam mit den Vorsitzenden von DGB und ver.di, Michael Sommer und Frank Bsirske, stellen die Vorsitzenden von Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE, Lothar Bisky, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, am 2. Juni in Berlin eine gemeinsame Erklärung vor.“

Ein solcher Schulterschluss wäre vor einigen Jahren noch nicht möglich gewesen. Von Ver.di selbst gibt es ein wichtiges und ausführliches „Europamanifest“, das wir zur Lektüre empfehlen.<sup>12</sup>

Die Partei DIE LINKE erwartet Stimmenzuwächse bei dieser Wahl. Sie kandidiert erstmals auf einer

[http://www.bpb.de/methodik/4X2MDV,0,0,Deutsche\\_Kommunistische\\_Partei\\_\(DKP\).html](http://www.bpb.de/methodik/4X2MDV,0,0,Deutsche_Kommunistische_Partei_(DKP).html)

<sup>10</sup> Anfang 2007 aus der Taufe gehoben unter dem Namen Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS), zerbrach die Fraktion schon im November 2007 wieder.

Siehe hierzu eine ausgezeichnete Studie vom Dezember 2008, erstellt im Auftrag der Europaabgeordneten Gabi Zimmer für die Fraktion GUE/NGL: *Carsten Hübner, Rechtsextreme Netzwerke und Parteien in Europa – Eine Bestandsaufnahme vor der Europawahl 2009* Die komplette Studie gibt es zum Download unter [http://www.gabi-zimmer.de/uploads/media/STUDIE\\_Rechtsextreme\\_Netzwerke\\_und\\_Parteien\\_in\\_Europa\\_-\\_Eine\\_Bestandsaufnahme\\_vor\\_der\\_Europawahl\\_2009.pdf](http://www.gabi-zimmer.de/uploads/media/STUDIE_Rechtsextreme_Netzwerke_und_Parteien_in_Europa_-_Eine_Bestandsaufnahme_vor_der_Europawahl_2009.pdf)

Eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie liegt als Artikel in den Antifaschistischen Nachrichten Nummer 04/2009 vor. *Die extreme Rechte im Europaparlament vor der Neuformierung* <http://www.antifaschistische-nachrichten.de/2009/04/1europa.shtml>

<sup>11</sup> <http://die-linke.de/wahlen/kampagne/meldungen/detail/zurueck/meldungen/artikel/fuer-ein-gerechtes-und-soziales-europa/>



## Linke Fraktion GUE/NGL im EP

Land	Mitgliedsparteien	MEP 2004	Prognose 2009
Deutschland	DIE LINKE	7	Ca. 10
Finnland, GB, Irland, Dänemark	Linksbündnis bzw. Sinn Féin (GB, Ir) Volksbewegung gegen die EU	je 1	je 1
Frankreich	PCF + Parti de Gauche NPA (antikapitalistische Linke)	3 0	2 10
Griechenland	KP / SYNASPISMOS	3 / 1	2 / 2
Italien	KP / Rifondazione	2 / 5	0 / 3
Portugal	KP / Bloco	2 / 1	2 / 2
Spanien	KP / Vereinigte Linke	0 / 1	0 / 1
Niederlande	Sozialistische Partei	2	4
Schweden	Linkspartei	2	1
Tschechien	KP Böhmen u. Mährens	6	3
Zypern	AKEL	2	2

**Nicht vertreten sind 14 Mitgliedsländer der EU, darunter alle MOE-Länder d.h. außer Tschechien alle ehemals sozialistischen Länder, Österreich, Belgien, Luxemburg u. Malta**

Aus: Linke Parteien im Vorfeld der Europawahlen 2009, Cornelia Hildebrandt, Rosa Luxemburg Stiftung RLS 15.5.2009, S. 11 [http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Themen/Europa/MV\\_EU-LINKE\\_im\\_Vergleich\\_09-05-05.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Europa/MV_EU-LINKE_im_Vergleich_09-05-05.pdf)

gemeinsamen Wahlplattform der Europäischen Linkspartei.<sup>13</sup> Die *Partei der Europäischen Linken*

<sup>12</sup> Verdi Europamanifest, Dezember 2008, *Einem sozialen Europa Zukunft geben, Manifest zur Europapolitik, Grundzüge eines alternativen Wirtschafts- und Sozialmodells für die EU* Das Manifest der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zeigt auf, welche Wege eingeschlagen werden müssen, um die andauernde EU-Krise zu überwinden. Weit über die Diskussion der aktuellen arbeits-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Richtlinienvorhaben hinaus will das Manifest den Blick auf die makroökonomischen, fiskalpolitischen und sozialen Konstruktionsmängel der neoliberal gewendeten EU lenken. Die internationale Finanzmarktkrise, die sich zu einer globalen Wirtschaftskrise auszuweiten droht, lässt die Mängel exemplarisch zutage treten. Download unter

[http://international.verdi.de/europapolitik/europamanifest/data/18032\\_euromanifest\\_deutsch\\_1.pdf](http://international.verdi.de/europapolitik/europamanifest/data/18032_euromanifest_deutsch_1.pdf)

<sup>13</sup> Die Kooperation der Linken auf europäischer Ebene läuft über viele Stationen. Schon 1973 bildete sich die Fraktion der „Kommunisten und Nahestehenden“ (COM) im Europäischen Parlament. 1991 wurde das „Forum der Neuen Europäischen Linken“ in Madrid gegründet. Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 1994 kam es zur Neukonstituierung der „Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken“ (GUE). Mit der Erweiterung der Europäischen Union zogen 1995 die „Linksallianz“ aus Finnland und die „Linkspartei“ aus Schweden ins Parlament ein. Gemeinsam mit der dänischen „Sozialistischen Volkspartei“ gründeten sie das Netzwerk „Nordische Grüne Linke“ (NGL) und schlossen sich der GUE an. Diese trägt seither den französisch-englischen Namen „Groupe confédéral de la gauche unitaire européenne/Nordic Green Left“ (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke).

Der Fraktion GUE/NGL gehören neben den Mitgliedsparteien auch assoziierte Parteien und Abgeordnete an. Insgesamt umfasst sie 41 Parlamentarier aus 16 Parteien und 14 Staaten, die bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mehr als neun Millionen Stimmen erreicht haben. Der Anteil der linken Fraktion an der Sitzverteilung im Europäischen Parlament blieb seit ihrer Konstituierung 1994 in etwa gleich stark. Allerdings hat sich die innere Zusammensetzung der Fraktion weitgehend verschoben. Die beiden anfangs größten Parteien IU (Vereinigte Linke Spanien) und PCF (Französische Kommunistische Partei) stellten im Jahr 1995 48,49 %, im Jahr 2004 nur noch 9,76 % der Abgeordneten.

(EL) bildet zusammen mit der *Nordisch grün-linken Allianz (NGLA)* und fünf selbstständigen nationalen Linksparteien die Links-/Nordisch-Grüne Fraktion *Vereinte Europäische Linke/Nordisch Grüne Linke (GUE–NGL)* im Europaparlament.

Die Delegation der deutschen LINKEN im Europaparlament hat in einer Abschlussbilanz ihre Aktivitäten in der Wahlperiode 2004 - 2009 niedergelegt.<sup>14</sup> Die gemeinsame Wahlplattform der *Partei der Europäischen Linke (EL)*, deren Vorsitzender zur Zeit Lothar Bisky ist, formuliert, wofür sie bei diesen Wahlen steht<sup>15</sup>:

- Für ein friedliches, soziales, demokratisches und ökologisch-nachhaltiges Europa
- Für Werte der Solidarität und Kooperation, Vollbeschäftigung und einen vernünftigen Umgang mit der Natur – statt Umsetzung der Lissabonstrategie
- Für nachhaltige europäische Standards, die Armut verhindern statt Lohn- und Sozialdumping
- Für maximale Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche und einen Europäischen Mindestlohn von mind. 60% des nationalen Durchschnitts
- Für Re-Kommunalisierung öffentlicher Güter und Dienste
- Für erneuerbare Energien
- Für den Abzug der Truppen aus Afghanistan und Irak und Schließung aller NATO- und US-Basen in Europa
- Die EL bekräftigt ihr Engagement zur Auflösung der NATO zugunsten eines unabhängigen europäischen Sicherheitssystems

Die Bundesliste der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2009 wurde auf der Vertreter/innen/versammlung am 28. Februar und 1. März 2009 in Essen gewählt.<sup>16</sup> Der Autor denkt, dass es trotz aller Turbulenzen und Differenzen, die es um die Aufstellung der Bundesliste, um die

---

Dafür gehören in der sechsten Legislaturperiode 31,71 % der Abgeordneten der deutschen (PDS) und der tschechischen Partei (KSCM Kommunistische Partei Böhmens und Mährens) an.

Der erste öffentliche Impuls zur Gründung einer europäischen Partei der Linken ging von einem Treffen aus, zu dem die französischen Kommunisten im Mai 1996 nach Paris eingeladen hatten.

Die Planungen zur Gründung einer „Europäischen Linkspartei“ wurden ab 2002 konkret. Die wichtigsten Akteure waren die „Französische Kommunistische Partei“, die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ aus Deutschland, die „Vereinigte Linke“ aus Spanien, „Synaspismos“ aus Griechenland und die »Partei der Kommunistischen Neugründung« aus Italien. Schließlich kam es am 10./11. Januar 2004 in Berlin zu einem Gründungsaufruf, dem am 08./09. Mai 2004 in Rom der Gründungsparteitag und am 29./30. Oktober 2005 in Athen ein erster ordentlicher Parteitag folgten. Vorsitzender wurde der italienische Kommunist Fausto Bertinotti. Im November 2007 wurde Lothar Bisky in Prag ohne GegenkandidatInnen zum Nachfolger von Bertinotti als Vorsitzender gewählt.

Die „Europäische Linkspartei“ bekennt sich zur „Herausbildung einer europäischen Identität“ und sucht den Kontakt zu den sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen auf europäischer Ebene. Als transnationale Föderation wird die „Europäische Linkspartei“ von den Parteien abgelehnt, die in ihr eine Stärkung der „föderalen“ und „supranationalen“ Ansprüche der europäischen Institutionen sehen. Am vehementesten formulieren diese Kritik die kommunistischen Parteien Griechenlands und Portugals. Aber auch die nordischen Linksparteien haben es vorgezogen, ihren eigenen Zusammenschluss zu gründen.

Diese Informationen stammen weitgehend aus *Sascha Wagener, Formen und Wege der Europäischen Linksparteien, ein Überblick* vom Okt. 2006, in: *Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch*, S. 242 ff. Die Broschüre *Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch* mit 266 Seiten stellt Texte 30 der Rosa-Luxemburg-Stiftung dar (Hrsg. Michael Brie, Cornelia Hildebrand, erschienen 10/2006). Vorwort und Inhaltsverzeichnis unter <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=11892&0> Die komplette Broschüre steht unter [http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/texte30.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/texte30.pdf) zum Download bereit.

<sup>14</sup> [http://www.dielinke-europa.eu/positionen\\_dokumente/artikel/detail/zurueck/artikel/artikel/abschlussbilanz-der-delegation-die-linke-im-europaischen-parlament-fuer-die-wahlperiode-2004-200/](http://www.dielinke-europa.eu/positionen_dokumente/artikel/detail/zurueck/artikel/artikel/abschlussbilanz-der-delegation-die-linke-im-europaischen-parlament-fuer-die-wahlperiode-2004-200/)

<sup>15</sup> aus: *Linke Parteien im Vorfeld der Europawahlen 2009*, Cornelia Hildebrandt, Rosa Luxemburg Stiftung RLS 15.5.2009, S. 19 [http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Themen/Europa/MV\\_EU-LINKE\\_im\\_Vergleich\\_09-05-05.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Europa/MV_EU-LINKE_im_Vergleich_09-05-05.pdf)

Stellung zum Lissabon-Vertrag oder auch um die Stellung zur Europäischen Union generell gab und gibt, es wichtig ist, die Europäische Linkspartei und die Fraktion der Linken im Europaparlament zu stärken. Das geht momentan nur über die Wahl der Partei DIE LINKE. bei den EU-Wahlen 2009.

*Peter Feininger*

---

<sup>16</sup> Die 30 KandidatInnen der LINKEN. auf der Bundesliste zur Europawahl finden sich hier <http://die-linke.de/wahlen/kandidaten/>